

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 112-2014
Vorstossart: Postulat
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.0719

Eingereicht am: 02.06.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Hügli (Biel/Bienne, SP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 25

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 05.06.2014

RRB-Nr.: vom
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Zusätzliche Einnahmen für den Kanton Bern

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, welche (auch neuen) einnahmeseitigen Massnahmen kurz- und mittelfristig zu ergreifen sind, damit der Kanton Bern in Zukunft einen starken Service Public mit guten öffentlichen Dienstleistungen und gute Arbeits- und Lohnbedingungen anbieten kann.

Begründung:

Zahlreiche einseitige Steuersenkungen, zuletzt bei der Handänderungssteuer, haben in den letzten Jahren dem Kanton Bern Millionen von Franken an Einnahmen entzogen. Anschliessend wurde der Service Public geschwächt, indem öffentliche Dienstleistungen abgebaut wurden und die Arbeits- und Lohnbedingungen des Kantonspersonals nicht wie nötig verbessert werden konnten. Dieser Abbau hat insbesondere jene Personen mit mittlerem und tiefem Einkommen getroffen, die von den Steuersenkungen kaum profitieren konnten.

Damit der Kanton Bern in Zukunft einen starken Service Public mit guten öffentlichen Dienstleistungen sowie gute Arbeits- und Lohnbedingungen für alle anbieten kann, sind einnahmeseitige Verbesserungen nötig. Entsprechende Massnahmen für mehr und allenfalls zusätzliche (neue) Einnahmen sind kurz- und mittelfristig umzusetzen.

Es wird Dringlichkeit verlangt.

Begründung: Nach der Steuersenkung bei der Handänderungssteuer sind zwingend bereits kurzfristig Massnahmen (Umsetzung ab 2015) nötig, welche die Einnahmen für den Kanton Bern erhöhen.